

Vermerk über die aktualisierten naturschutzfachlichen Unterlagen zur Planung B 10 – Neubau 2. Rheinbrücke Karlsruhe / Wörth am Rhein

1 Allgemeine Anmerkungen

In früheren Stellungnahmen der HNB wurden zu den vorgelegten Unterlagen kritische Anmerkungen gemacht und Mängel dargestellt. Hierzu kann seitens Referat 56 zu Einzelpunkten aktuell Folgendes festgestellt werden:

- Mangelnde Alternativenprüfung: Die nun vorgelegte Trassierung wird von fachlicher Seite akzeptiert, da die ökologisch bevorzugten Parallelbrücken nach Angaben des Vorhabenträgers aus technischen Gründen nicht machbar bzw. nicht zielführend sind.
- Nicht mehr aktuelle Daten: Mit der Dauer des Verfahrens waren die Erhebungen älter als 5 Jahre alt. Nun wurde ein neuer Faunabericht vorgelegt. Damit wurden die Unterlagen hinreichend aktualisiert.
- Mangelnde Untersuchung insbesondere der Gruppe der Fledermäuse: Im Rahmen der neuen Untersuchungen wurden auch die gezäunten Bereiche in den Industrieflächen einbezogen und damit ein erheblicher Kritikpunkt behoben.
- Kompensation bei den Amphibienlebensräumen: Die geschilderten Kompensationsmaßnahmen erscheinen zielführend, jedoch bestehen noch Unklarheiten (s. auch Anm. unten).
- Mangelnde Berücksichtigung lärmbedingter Revierverluste: Hier wurde durch den neu vorgelegten Bericht zu Vögeln und Lärm nachgearbeitet.
- Berücksichtigung zusätzlicher Arten und Artengruppen: Dies ist durch die Zusatzuntersuchungen abgearbeitet.

In der folgenden aktuellen Stellungnahme wurde eine Betrachtung von Tatbeständen im Zuständigkeitsbereich der UNB nicht vorgenommen, eine Mitwirkung bei der FFH-Verträglichkeitsprüfung konnte entfallen (FFH-Gebiete sind aus Sicht von Ref. 56 kaum betroffen).

Zusammenfassend kann man aktuell anmerken, dass weiterhin noch einige Unzulänglichkeiten bestehen:

Die vorgeschlagenen Minderungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erscheinen fachlich angemessen und zielführend, jedoch ist aus den vorgelegten Unterlagen in vielen Fällen keine abschließende Bilanzierung möglich (s. Anmerkungen unten zu den Einzelarten).

Aus fachlicher Sicht kann dies durch eine Konkretisierung in der Ausführungsplanung behoben werden (z.B. Modellierung der Amphibientümpel, Abgrenzung zu Fischlebensräumen). Umsiedlungsmaßnahmen (Reptilien) können ev. noch im Zuge der Erstellung des Planfeststellungsbeschlusses genauer beschrieben werden (standardisierte Vorgehensweise).

Um ggf. einen Nachbesserungsbedarf erkennen zu können, wird auf S. 179 des Fachbeitrages Artenschutz ein Monitoring vorgeschlagen. Dies sollte auf jeden Fall Bestandteil der Nebenbestimmungen werden.

Eine Umweltbaubegleitung wird an verschiedenen Stellen des Faunaberichts angeregt und muss bei einem Vorhaben dieser Größenordnung aus Sicht von Ref. 56 eingerichtet werden.

2 Worum geht es aktuell?

Dem Referat 56 wurden seitens der Planfeststellungsbehörde aktualisierte naturschutzfachliche Unterlagen zur „Planung B 10 – Neubau 2. Rheinbrücke Karlsruhe / Wörth am Rhein“ zur Prüfung vorgelegt. Diese umfassen den Fachbeitrag Artenschutz (saP), den Deckblattbericht zum Landschaftspflegerischen Begleitplan, die Maßnahmenblätter zum LPB, den Fauna-Bericht sowie das Gutachten „Vögel und Lärm“.

Im Zentrum der Prüfung stehen der Fachbeitrag Artenschutz respektive die Prüfbögen zu den hierin als ausnahmepflichtig gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG identifizierten Arten Grauspecht, Kuckuck, Pirol, Schwarzspecht, Wendehals, Mauereidechse, Zauneidechse, Kammmolch, Kleiner Wasserfrosch, Knoblauchkröte, Laubfrosch und Springfrosch.

Da der Fachbeitrag Artenschutz auf den Ergebnissen des Fauna-Berichts und des Gutachtens „Vögel und Lärm“ aufbaut, sind diese Dokumente im Hinblick auf die Plausibilität des Fachbeitrags Artenschutz ebenfalls prüfungsrelevant.

Eine fachgerechte Umsetzung der aus artenschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht erforderlichen Maßnahmen kann nur mit einer konsistenten Maßnahmenplanung sichergestellt werden. Somit ist das Maßnahmenkonzept ebenfalls Gegenstand der Prüfung.

3 Sachverhalt und Bewertung

Fachbeitrag Artenschutz (Unterlage 12.7.1b)

Aktualität und Qualität der Datengrundlage

Die saP basiert auf den faunistischen Untersuchungen aus dem Jahr 2016. In die Betrachtung einbezogen werden außerdem Daten aus vorangehenden Untersuchungen. Die Daten sind somit aktuell. Die angewandte Erfassungsmethodik hat bzgl. der zu prüfenden artenschutzfachlichen und- rechtlichen Relevanz des Vorhabens einen ausreichenden Detaillierungsgrad.

Prüfungsrelevante Arten

In der artenschutzrechtlichen Prüfung werden alle europarechtlich geschützten Arten (Europäische Vogelarten gemäß EU-Vogelschutzrichtlinie sowie Arten des Anhangs IV gemäß FFH-Richtlinie) behandelt, deren Vorkommen im Wirkungsraum des Projekts nachgewiesen bzw. nicht sicher auszuschließen ist. Arten, deren Habitatansprüche im Untersuchungsgebiet nicht erfüllt sind oder die nachgewiesenermaßen nicht vorkommen, bleiben unberücksichtigt ebenso wie Arten, die im Untersuchungsraum zwar vorkommen, für welche aber aufgrund ihrer Verbreitung eine vorhabensbedingte Beeinträchtigung ausgeschlossen werden kann. Die vorgenommene Abschichtung ist plausibel.

Gegenüber dem bisherigen Stand wurden einige Aktualisierungen vorgenommen. Z. B. wurden mit Wildkatze und Biber Arten neu in das Prüfspektrum aufgenommen. Bei den Fledermäusen kamen aufgrund vertiefter Untersuchungen vier prüfungsrelevante Arten hinzu. Bei den Vogelarten gab es diverse Veränderungen, die zum einen auf neu nachgewiesene Arten zurückzuführen sind, zum andern auf die Aktualisierung der Roten Liste. Soweit auf die Betrachtung bisher berücksichtigter Arten verzichtet wird, ist dies plausibel (z. B. bei Grüner Keiljungfer nachweislich geeigneten Habitaten vorhanden).

Von den prüfungsrelevanten Arten werden bei insgesamt 12 Arten auch unter Berücksichtigung von vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) vorhabensbedingte Verstöße gegen Verbotstatbestände gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG konstatiert.

Aufgrund der Zuständigkeit der HNB für die Erteilung von Ausnahmen nach § 5 Abs. 7 BNatSchG werden für diese Arten die artenschutzrechtlichen Prüfprotokolle durchgesehen. Für die Plausibilisierung der Ergebnisse der Protokolle ist des Weiteren eine Prüfung der den Arten zugeordneten Maßnahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) erforderlich. Protokolle zu den Arten, für die gemäß den Ergebnissen der saP keine Ausnahme erforderlich ist, werden nicht geprüft. Diese Aufgabe liegt im Zuständigkeitsbereich der UNB. Lediglich zu einzelnen dieser Arten erfolgen Hinweise, sofern zufällig Unstimmigkeiten zutage getreten sind.

Folgende Arten wurden zuständigkeitshalber geprüft:

Vogelarten:

Grauspecht, Kuckuck, Pirol, Schwarzspecht und Wendehals

Reptilienarten:

Mauereidechse und Zauneidechse

Amphibienarten:

Kammolch, Kleiner Wasserfrosch, Knoblauchkröte, Laubfrosch und Springfrosch.

Prüfprotokolle

Allgemeine Anmerkungen zu den Protokollen

Erforderlichkeit einer Ausnahme:

Das Prüfergebnis der Erforderlichkeit einer Ausnahme nach § 5 Abs. 7 BNatSchG ist bei allen 12 Arten im Grundsatz plausibel. Im Wesentlichen gilt dies auch hinsichtlich der Zuordnung zu den einzelnen Verbotstatbeständen. Soweit letzteres nicht der Fall ist, wird dies bei der betroffenen Art genannt.

Darlegung der Betroffenheit der Arten und Dimensionierung der Maßnahmen:

Damit die hinreichende Wirksamkeit von Maßnahmen in Bezug auf die Zulässigkeit einer Ausnahme nach § 5 Abs. 7 BNatSchG beurteilt werden kann, muss sowohl das Ausmaß der Betroffenheit der Art, wie auch die Dimensionierung und Qualität der Maßnahmen selbst nachvollziehbar im Hinblick auf die spezifischen Erfordernisse für die jeweilige Art dargestellt werden.

Beides ist vorliegend in nicht ausreichendem Maße der Fall. Damit fehlt in der Regel eine anschauliche fachliche Grundlage zur eindeutigen Beurteilung, ob die vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung bzw. Kompensation artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände ausreichend bemessen bzw. wirksam sind.

So liegt etwa bei den Vogelarten durch die im Zuge des Gutachtens „Vögel und Lärm“ ermittelten vorhabensbedingten Revierverluste zwar eine wichtige Zielgröße für die Maßnahmenbemessung vor. Es fehlen diesbezüglich allerdings Angaben zu den Revieransprüchen der Arten (ggf. in Abhängigkeit der Habitatausprägung). Teilweise muss aufgrund bereits günstiger Verhältnisse auf den vorgesehenen Maßnahmenflächen (z. B. Pirol, Maßnahme A11) damit gerechnet werden, dass die entsprechende Art bereits vertreten ist. Dieser Sachverhalt, der für die Maßnahmendimensionierung bzw. für die Erfolgsaussichten wie auch für die Erfolgskontrolle im Zuge eines Monitorings wichtig ist, wird nicht thematisiert.

Bei den Amphibien- und Reptilienarten liegen keine Flächenangaben zum Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und auch nur eingeschränkt Angaben zu deren Ausprägung/Qualität vor. Gleiches gilt für die Maßnahmenseite. Ebenso erfolgen in der Regel keine konkreten Angaben zur Größe der vom Eingriff in die Fortpflanzungs- und Ruhestätten betroffenen (Teil-)Populationen.

Bei Zaun- und Mauereidechse können anhand der Eignung/Strukturierung von Habitaten Rückschlüsse auf die Besiedlungsdichte gezogen werden. In Verbindung mit der Größe der Habitatfläche kann überschlägig die Zahl der Individuen ermittelt werden. Damit ist eine Plausibilisierung der Ausgleichsmaßnahmen für diese Arten verhältnismäßig einfach möglich.

Bei den betroffenen Amphibienarten können Flächenbilanzen nur grobe Anhaltspunkte zur Beurteilung der Frage liefern, ob den Eingriffen in die Fortpflanzungs- und Ruhestätten angemessene Maßnahmen gegenüberstehen (dennoch sind sie zur Orientierung hilfreich). Dies liegt an den sehr komplexen Lebensraumansprüchen, insbesondere an der Tatsache, dass i. d. R. kleine Fortpflanzungsgewässer aber große Landlebensräume genutzt werden - wobei zu Letzteren oft allenfalls sehr überschlägige Flächenangaben möglich sind. Zudem unterliegen die meisten Arten jährlich oft starken Bestandsschwankungen, so dass auch dieser Parameter nicht für die Bemessung eines konkreten Ausgleichsbedarfs tauglich ist (hinsichtlich des vorgesehenen Monitorings sind allerdings möglichst genaue Bestandsdaten erforderlich).

Daher ist es für die Plausibilisierung der Maßnahmen zu den betroffenen Amphibienpopulationen besonders wichtig, die artspezifischen Qualitätsmerkmale ihrer Fortpflanzungsgewässer und Landlebensräume wie auch deren funktionale Bezüge für Bestand und Planung anschaulich darzustellen.

Maßnahmenbeschreibung:

Eine detaillierte Beschreibung der Maßnahmen im Rahmen des Prüfprotokolls ist nicht erforderlich und wurde im vorliegenden Fall auch nicht vorgenommen. Die Maßnahmen müssen wie oben dargestellt allerdings hinreichend klar umrissen werden, so dass eine fachliche Beurteilung ihrer Wirksamkeit möglich ist. Diese Anforderung gilt auch für die Maßnahmenbeschreibung im LBP. Im vorliegenden Fall ist diese nicht erfüllt (vgl. Anmerkungen zum Landschaftspflegerischen Begleitplan).

Anmerkungen zu den einzelnen Protokollen

Grauspecht

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil die Verbotstatbestände „Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten“ (§ 44

Abs. 1, Nr. 3 BNatSchG) und „erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG) durch Verlust eines Brutrevieres auch unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erfüllt werden.

Die Bewertung ist plausibel. Die Art besiedelt strukturreiche Altholzbestände, die nicht ad hoc entwickelt werden können, sondern je nach Ausgangslage unterschiedlich lange Entwicklungszeiten benötigen.

Insofern stellt sich auch die Frage, inwieweit die als CEF-Maßnahme deklarierte Maßnahme A11 (Maßnahmenplan, Unterlage 12.2, Bl. 8) als FCS-Maßnahme zu werten ist. Gemäß Maßnahmenblatt ist nicht erkennbar, dass es durch die Maßnahme gegenüber dem Status Quo unmittelbar zu einer Aufwertung des Waldbestandes für den Grausprecht kommt. Wir bitten um Prüfung bzw. um genauere Darlegung.

Die Maßnahmenfläche befindet sich im FFH-Gebiet 7015-341 „Rheinniederung zwischen Wintersdorf und Karlsruhe“. Wir bitten um Auskunft, ob ein Abgleich der Planung mit den Erhaltungs- und Entwicklungszielen des MAPs erfolgte. Des Weiteren sind in besagtem Raum umfangreiche Altholzsicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Polder Bellenkopf-Rappenwört vorgesehen. Ist sichergestellt, dass es hierbei zu keiner Überschneidung von Maßnahmenflächen kommt?

Im Hinblick auf die Bewertung der Wirksamkeit des Maßnahmenpakets ist eine qualitativ/quantitative Gegenüberstellung von Verlustfläche (hierzu erfolgen im Prüfprotokoll keine Angaben) und Kompensationsflächen erforderlich. Auch sollte darauf eingegangen werden, ob die vollständige bzw. weitgehende Entwertung von Flächen mit der Aufwertung bereits vorhandener Lebensräume aufgewogen werden kann. Erst dann ist eine Prüfung möglich, ob die Ausnahmevoraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG vorliegen.

Wie aus den Unterlagen ersichtlich, befindet sich ein Teil des Reviers auf rheinland-pfälzischer Seite, der ebenfalls Planungsbedingt beeinträchtigt wird. Es sollte klargestellt werden, ob die Maßnahmen auf baden-württembergischer Seite auf die Kompensation eines vollwertigen Quartiers abzielen oder im Kontext mit weiteren Maßnahmen auf rheinland-pfälzischer Seite stehen.

Kuckuck

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil „erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG) durch Verlust eines Brutrevieres auch unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erfüllt wird. Der

Verbotstatbestand „Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 3 BNatSchG) wird jedoch verneint.

Letzteres ist nicht plausibel bzw. erläuterungsbedürftig. Auch beim Kuckuck ist spätestens nach Verkehrsfreigabe die Frage mit „ja“ zu beantworten, ob Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört werden, selbst wenn die Aufzucht der Jungen durch die Wirtsvögel erfolgt, deren Fortpflanzungs- und Ruhestätten nicht betroffen sind.

Bei den Maßnahmen E2 und E3 scheint fraglich, ob sie bereits zwei Jahre nach Fertigstellung hinsichtlich des Kuckucks funktionsfähig sind.

Im Hinblick auf die Bewertung der Wirksamkeit des Maßnahmenpakets ist eine qualitativ/quantitative Gegenüberstellung von Verlustfläche (hierzu erfolgen im Prüfprotokoll keine Angaben) und Kompensationsflächen erforderlich.

Pirol

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil die Verbotstatbestände „Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 3 BNatSchG) und „erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG) durch Verlust von zwei Brutrevieren auch unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erfüllt werden.

Die Bewertung ist im Grundsatz plausibel. Die Art besiedelt strukturreiche Wälder in Gewässernähe, die nicht ad hoc entwickelt werden können, sondern je nach Ausgangslage unterschiedlich lange Entwicklungszeiten benötigen.

Insofern stellt sich auch die Frage, inwieweit die als CEF-Maßnahme deklarierte Maßnahme A11 (Maßnahmenplan, Unterlage 12.2, Bl. 8) als FCS-Maßnahme zu werten ist. Gemäß Maßnahmenblatt ist nicht erkennbar, dass es durch die Maßnahme gegenüber dem Status Quo unmittelbar zu einer Aufwertung des Waldbestandes für den Pirol kommt. Da die Fläche bereits derzeit für die Art gut geeignet zu sein scheint, muss bereits derzeit von einer entsprechend hohen Revierdichte ausgegangen werden. Kann diese überhaupt noch erhöht werden? Eine analoge Fragestellung ergibt sich für die Maßnahmenfläche E5. Wir bitten um Prüfung bzw. um genauere Darlegung.

Die Maßnahmenfläche befindet sich im FFH-Gebiet 7015-341 „Rheinniederung zwischen Wintersdorf und Karlsruhe“. Wir bitten um Auskunft, ob ein Abgleich der Planung mit den Erhaltungs- und Entwicklungszielen des MAPs erfolgte. Des Weiteren sind in besagtem Raum umfangreiche Altholzschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Polder

Bellenkopf-Rappenwört vorgesehen. Ist sichergestellt, dass es hierbei zu keiner Überschneidung von Maßnahmenflächen kommt?

In Bezug auf die Maßnahmenfläche A5, die sich auf der ehemaligen Erweiterungsfläche der Raffinerie - also zumindest teilweise im Eingriffsbereich - befindet, stellt sich die Frage der Zielsetzung. Sofern die Maßnahmen für das dort noch verbleibende Brutpaar notwendig sind, sollte eine etwaige Beeinträchtigung von Teilen des Reviers auch thematisiert werden. Falls nicht, ist eine Funktionalität für den Pirol nicht erkennbar.

Schwarzspecht

Vgl. hierzu die Ausführungen zum Grauspecht.

Wendehals

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil die Verbotstatbestände „Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 3 BNatSchG) und „erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG) durch Verlust eines Revieres infolge des Eingriffs in wichtige Teile des Nahrungshabitats auch unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erfüllt werden.

Die Bewertung ist plausibel. Da die Funktionalität der CEF-Maßnahmen A5, A9 und A11 vom Gutachter selbst stark in Frage gezogen wird, stellt sich die Frage, ob sie überhaupt für den Wendehals aufgeführt werden sollten.

Allgemeiner Hinweis zu den Maßnahmen A5, A9 und A11: Weder aus den Prüfprotokollen noch aus den Maßnahmenblättern wird klar, wie die Zahlen für die anzubringenden Vogelnistkästen ermittelt wurden, z. B. ob Hochrechnungen von Bedarfen aus den Revierverlusten der verschiedenen Vogelarten zugrunde liegen. Es sollten entsprechende Erläuterungen erfolgen, anhand derer plausibilisiert werden kann, inwieweit die Anzahl der vorgesehenen Nistkästen ausreichend ist.

In Bezug auf den Wendehals sind nach unserer Auffassung die kompensatorischen Maßnahmen, insbesondere die Maßnahmen E4 (Schaffung von geeignetem Offenlandlebensraum in Verzahnung mit Wald) und E5 (Schaffung von Nistmöglichkeiten durch Aufhängen von 20 Nistkästen in einem ansonsten bereits geeigneten Waldgebiet), ausreichend bemessen. Damit kann prognostiziert werden, dass sich der Erhaltungszustand des Wendehalses im Naturraum und somit auch in Baden-Württemberg insgesamt nicht verschlechtert.

Mauereidechse

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil der Verbotstatbestand „anlage- oder baubedingte Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen (§ 44 Abs. 1, Nr. 1 BNatSchG) auch unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erfüllt wird. Eine Erfüllung des Schädigungs- und des Störungsverbots wird hingegen aufgrund der Möglichkeit von Vermeidungs- bzw. CEF-Maßnahmen für vermeidbar gehalten. Die Bewertung ist im Grundsatz plausibel.

Allerdings sind sowohl in Bezug auf die Darstellung des Eingriffs wie auch auf die vorgesehenen Maßnahmen noch weitergehende Erläuterungen erforderlich.

Bezüglich der Minimierung baubedingter Tötungen stellt sich die Frage, ob die im Zuge der Maßnahme S2 vorgesehenen mobilen Fangzäune alle als relevant zu bewertenden Bereiche abdecken. Beispielsweise wurden etwa im Bereich zwischen Nordwesten der Papierfabrik und Rheinbrückenlager Sichtnachweise der Mauereidechse erbracht, es wurden aber keine Zäune zum nördlich gelegenen Baufeld vorgesehen. Wir bitten um Prüfung.

Bei der Maßnahme S3 (Abfangen und Umsiedeln von Eidechsen) fehlen im Maßnahmenblatt (LBP) grundlegende Angaben zur Ausführung. Ist z. B. Vergrämung, Entzug von Versteckplätzen vor Abfangen erforderlich/vorgesehen? Müssen die Flächen vor Abfangen geräumt werden, was ist dabei zu beachten? Welches sind die bzgl. Schadensminimierung einzuhaltenden Durchführungszeiträume für Entzug von Versteckplätzen bzw. für Abfangen unter Berücksichtigung von Aktivitätszeiten von Adult- und Jungtieren sowie von Eiablagezeiten? Muss die Maßnahme S3 auch im nordwestlichen Bereich der Papierfabrik und beim Brückenwiderlager vorgesehen werden?

In Bezug auf den bau- und anlagebedingten Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten durch den Eingriff fehlen qualitative bzw. quantitative Angaben. Die Aussage, dass nur ein „sehr kleiner Teil der lokalen Population“ betroffen sei, reicht nicht aus. Auch ist die Ausführungsbeschreibung der beiden Maßnahmen A2 und A3 im Maßnahmenblatt (LBP) zu allgemein gehalten. Bei der Maßnahme A3 erfolgen zudem weder Angaben zur Lage noch zum Umfang der vorgesehenen Gesteinsstrukturen. Damit kann derzeit nicht beurteilt werden, ob die Maßnahmen ausreichend bemessen sind.

Bei der Maßnahme A2 ist des Weiteren unklar, warum diese im Maßnahmenblatt für einen Teil der Teilpopulation als CEF-Maßnahme und für einen anderen Teil der Teilpopulation als FCS-Maßnahme gewidmet ist. In der Tabelle 6 ist diese Differenzierung zudem nicht der Maßnahme A2 sondern der Maßnahme A3 zugeordnet.

Zauneidechse

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil sich die Verbotstatbestände anlage-, bau- und betriebsbedingte „Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 1 BNatSchG), anlage- und baubedingte „Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 3 BNatSchG) sowie anlage- und betriebsbedingtes „erhebliches Stören von Tieren während bestimmter Zeiten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG) auch unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erfüllen. Die Bewertung ist im Grundsatz plausibel.

Allerdings sind sowohl in Bezug auf die Darstellung des Eingriffs wie auch auf die vorgesehenen Maßnahmen noch weitergehende Erläuterungen erforderlich.

Bezüglich der Minimierung baubedingter Tötungen stellt sich die Frage, ob die im Zuge der Maßnahme S2 vorgesehenen mobilen Fangzäune alle als relevant zu bewertenden Bereiche abdecken. Beispielsweise wurde die Zauneidechse im Bereich des geplanten Rheinbrückenlagers nachgewiesen, es wurden aber keine Zäune vorgesehen. Wir bitten um Prüfung.

Bei der Maßnahme S3 (Abfangen und Umsiedeln von Eidechsen) fehlen im Maßnahmenblatt (LBP) grundlegende Angaben zur Ausführung. Ist z. B. Vergrämung, Entzug von Versteckplätzen vor Abfangen erforderlich/vorgesehen? Müssen die Flächen vor Abfangen geräumt werden, was ist dabei zu beachten? Welches sind die bzgl. Schadensminimierung einzuhaltenden Durchführungszeiträume für Entzug von Versteckplätzen bzw. für Abfangen unter Berücksichtigung von Aktivitätszeiten von Adult- und Jungtieren sowie von Eiablagezeiten? Muss die Maßnahme S3 auch im Bereich des Brückenwiderlagers vorgesehen werden?

In Bezug auf den Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und den Störungstatbestand fehlen qualitative bzw. quantitative Angaben zu den Wirkungen des Eingriffs und eine nachvollziehbare Gegenüberstellung der Maßnahmen.

Es ist unklar, ob die textlich erwähnte Maßnahme A2 tatsächlich auch für die Zauneidechse gewidmet ist, da sie weder bei der Maßnahmenauflistung im Prüfbogen noch in der Tabelle 6 auftaucht.

Bei der Maßnahme A3 ist unklar, warum diese im Maßnahmenblatt (LBP) für einen Teil der Teilpopulation als CEF-Maßnahme und für einen anderen Teil der Teilpopulation als FCS-Maßnahme gewidmet ist.

Maßnahme E3: Die Maßnahme umfasst im Wesentlichen die Herstellung von Feuchtstandorten. Kann überhaupt von einer Relevanz für die Zauneidechse ausgegangen werden?

Kammolch

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil sich die Verbotstatbestände anlage- und baubedingte „Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 1 BNatSchG), bau- und anlagebedingte „Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 3 BNatSchG) sowie bau- und anlagebedingtes „erhebliches Stören von Tieren während bestimmter Zeiten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG) auch unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erfüllen. Die Bewertung ist plausibel.

Den Ausführungen fehlt jedoch eine nachvollziehbare Gegenüberstellung von Eingriff und CEF-/FCS-Maßnahmen.

Bezüglich der vorhabensbedingten Verschlechterung des Erhaltungszustands ohne FCS-Maßnahmen interpretieren wir die Ausführungen so, dass letztendlich ein Erlöschen der betroffenen lokalen Population nicht ausgeschlossen werden kann, da durch die Zerschneidung der Lebensstätte nicht nur der verbleibende Bereich der Albschlute, sondern auch der Restlebensraum zwischen B 10neu und Raffinerie stark beeinträchtigt wird. Dies sollte ggf. explizit herausgestellt werden.

Im Hinblick auf bau- und anlagebedingte Tötungen gehen wir davon aus, dass sich diese im Zuge einer Bauzeitenregelung minimieren lassen. Es werden hierzu Abgaben im Maßnahmenblatt (LBP) erbeten (z. B. wann keine Auffüllung von Gewässern).

Bei der Maßnahme S3 (Abfangen und Umsiedeln) fehlen im Maßnahmenblatt (LBP) grundlegende Angaben zur Ausführung (z. B. Zeitraum, Kontrollturnus).

Maßnahme A4: Im Maßnahmenblatt (LBP) fehlen Angaben zur Tiefe der neu anzulegenden Gewässer sowie teils zur Uferstruktur. Z. t. sind die Angaben sehr vage (z. B. „Strukturanreicherung“ bei Teilfläche 1). Auch sind nähere Angaben zum Durchführungszeitraum hinsichtlich der Vermeidung unbeabsichtigter Tötungen erforderlich.

Maßnahme G3: Das Maßnahmenblatt (LBP) enthält keine anschauliche Maßnahmenbeschreibung. Im Hinblick auf den Kammolch ist unklar, welche Lebensraumparameter in welcher Weise verbessert werden sollen. Aufgrund der starken Fragmentierung (Isolierung) des betroffenen Lebensraums steht die Funktionalität der Maßnahme stark in Frage. Unklar ist auch, warum die Maßnahme als kompensatorische

Maßnahme gewertet wird, da sie wie die Maßnahme A4 an einem vorhandenen Gewässer im Bereich der betroffenen lokalen Population ansetzt. Redaktioneller Hinweis: Eine Zuordnung des Maßnahmentyps (Vermeidung, CEF, FCS) für den Kammmolch wie auch für weitere Arten erfolgt im Maßnahmenblatt nicht. Dies gilt auch für weitere Maßnahmen z. B. G2 (eine systematische Prüfung wurde nicht vorgenommen).

Maßnahmen E2 und E3: auch hier fehlen nähere Angaben zur Ausgestaltung der Gewässer. Besonders wichtig ist dies bei der Maßnahme E3, die laut Prüfbogen speziell auf die Ansprüche des Kammmolchs ausgelegt werden soll.

Kleiner Wasserfrosch

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil sich der Verbotstatbestand einer anlage- und baubedingten „Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 1 BNatSchG) erfüllt. Die Bewertung ist diesbezüglich plausibel.

Widersprüchlich bzw. nicht nachvollziehbar herausgearbeitet ist jedoch die gutachterliche Einschätzung, dass der Tatbestand der „Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1, Nr. 1 BNatSchG) unter Berücksichtigung von vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen nicht eintrete - jedoch der Tatbestand der „Störung“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG). Dies wird soweit ersichtlich darauf zurückgeführt, dass die Funktionalität der Maßnahmenfläche A8 und der östlich des Ölkreuzes gelegenen Teilfläche von A4 bzgl. der Kompensation von Störungstatbeständen in Frage steht (Flächen aufgrund der Alb schwer erreichbar). Damit ist aber auch die Funktion der Flächen als Fortpflanzungsstätten fraglich.

Bei der Maßnahme S3 (Abfangen und Umsiedeln) fehlen im Maßnahmenblatt (LBP) grundlegende Angaben zur Ausführung (z. B. Zeitraum, Kontrollturnus).

Maßnahme A4: Im Maßnahmenblatt (LBP) fehlen Angaben zur Tiefe der neu anzulegenden Gewässer sowie teils zur Uferstruktur, Z. t. sind die Angaben sehr vage (z. B. „Strukturanreicherung“ bei Teilfläche 1). Auch sind nähere Angaben zum Durchführungszeitraum hinsichtlich der Vermeidung unbeabsichtigter Tötungen erforderlich. Maßnahme A8: Im Maßnahmenblatt (LBP) finden sich keine Angaben zur Ausgestaltung des Altarms.

Knoblauchkröte

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil sich die Verbotstatbestände anlage-, bau- und betriebsbedingte „Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 1 BNatSchG), anlage- und baubedingte „Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 3 BNatSchG) sowie

anlage- und betriebsbedingtes „erhebliches Stören von Tieren während bestimmter Zeiten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG) auch unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erfüllen. Die Bewertung ist im Grundsatz plausibel.

Allerdings sind sowohl in Bezug auf die Darstellung des Eingriffs wie auch auf die vorgesehenen Maßnahmen noch weitergehende Erläuterungen erforderlich.

Bezüglich der Minimierung baubedingter Tötungen stellt sich die Frage, ob die im Zuge der Maßnahme S2 vorgesehenen mobilen Fangzäune alle als relevant zu bewertenden Bereiche abdecken.

Bei der Maßnahme S3 (Abfangen und Umsiedeln) fehlen im Maßnahmenblatt (LBP) grundlegende Angaben zur Ausführung (z. B. Zeitraum, Kontrollturnus).

Aus dem Prüfbogen kann in Verbindung mit den Maßnahmenblättern im LBP (A4, E2, E3), trotzdem diese knapp gehalten sind, und den Maßnahmenplänen im Grundsatz verifiziert werden, dass sich der Erhaltungszustand der Knoblauchkröte im Naturraum und in Baden-Württemberg nicht verschlechtert, und dass die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes durch das Bauvorhaben nicht behindert wird. Für die Teilpopulation östlich der Alb werden für den Verlust von nur episodisch nutzbaren Gewässern dauerhafte Gewässer hergestellt (Maßnahme A4). Hinsichtlich der individuenchwachen Population westlich der Alb kann im vorliegenden Fall auch ohne detailliertere Angaben prognostiziert werden, dass die Entwicklung von Laichhabitaten (Maßnahmen E2 und E3) in enger Verzahnung mit geeigneten Landlebensräumen abseits stark befahrener Straßen in ausreichendem Maße wirksam ist.

Laubfrosch

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil sich die Verbotstatbestände anlage- und baubedingte „Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 1 BNatSchG) sowie bau- und anlagebedingtes „erhebliches Stören von Tieren während bestimmter Zeiten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG) auch unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erfüllen. Die Bewertung ist plausibel.

Den Ausführungen fehlt jedoch eine nachvollziehbare qualitativ-/quantitative Gegenüberstellung von Eingriff einerseits und CEF-/FCS-Maßnahmen andererseits.

Bei der zur Wahrung der ökologischen Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten aufgeführten CEF-Maßnahme A8 scheint fraglich, ob das entstehende Altwasser an der Alb als Laichhabitat geeignet ist. soweit aus dem Maßnahmenblatt ersichtlich, steht das Altwasser mit dem Fließgewässer in Verbindung. Unter dieser Voraussetzung ist zu

vermuten, dass die Kaulquappen - sofern überhaupt ein Abbläichen stattfindet - von Fischen gefressen werden.

Bei der Maßnahme S3 (Abfangen und Umsiedeln) fehlen im Maßnahmenblatt (LBP) grundlegende Angaben zur Ausführung (z. B. Zeitraum, Kontrollturnus).

Maßnahme A4: Im Maßnahmenblatt (LBP) fehlen Angaben zur Tiefe der neu anzulegenden Gewässer sowie teils zur Uferstruktur. Z. t. sind die Angaben sehr vage (z. B. „Strukturanreicherung“ bei Teilfläche 1). Auch sind nähere Angaben zum Durchführungszeitraum hinsichtlich der Vermeidung unbeabsichtigter Tötungen erforderlich. Bei den Maßnahmen E2 und E3 fehlen ebenfalls nähere Angaben zur Ausgestaltung der Gewässer.

Springfrosch

Gemäß Prüfprotokoll ist eine Ausnahme erforderlich, weil sich die Verbotstatbestände anlage- und baubedingte „Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 1 BNatSchG) sowie bau- und anlagebedingtes „erhebliches Stören von Tieren während bestimmter Zeiten“ (§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG) auch unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erfüllen. Hinsichtlich der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten wird davon ausgegangen, dass deren ökologische Funktion durch die Umsetzung von CEF-Maßnahmen gewahrt bleibt.

Letzteres ist für uns nicht ohne weiteres plausibel. In der Argumentation wird wesentlich auf die Wiederherstellung von Laichgewässern abgestellt. Bei einem der Gewässer (A8, Altarm Alb) ist nach unserer Auffassung, aber nicht geklärt, ob es als Laichgewässer geeignet ist (Fische?). Insbesondere nicht eingegangen wird jedoch auch auf die Folgen des Verlusts von Landlebensraum, die für die Art aufgrund ihrer starken Bindung an vorhabensbedingt betroffenen Wälder anders zu gewichten sind, als bei Arten mit Verbreitungsschwerpunkt im Offenland. Soweit aufgrund des Verlusts von Landlebensraums entgegen bisheriger Annahme auch unter Berücksichtigung von CEF-Maßnahmen doch eine Verletzung des § 44 Abs. 1, Nr. 3 BNatSchG besteht, wäre zu klären, ob die bisher dem „Störungsverbot“ gewidmeten Maßnahmen auch hinsichtlich der Wahrung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten fungieren.

Bei den Erläuterungen zu den Störungstatbeständen wird die Maßnahmen A4 aufgeführt. Nach unserer Auffassung trägt diese Maßnahme jedoch nicht zur Minderung von Störungstatbeständen bei, da sie selbst den projektbedingten Störungen ausgesetzt ist (analoges gilt u. a. für den Laubfrosch).

Bei der Maßnahme S3 (Abfangen und Umsiedeln) fehlen im Maßnahmenblatt (LBP) grundlegende Angaben zur Ausführung (z. B. Zeitraum, Kontrollturnus).

Maßnahme A4: Im Maßnahmenblatt (LBP) fehlen Angaben zur Tiefe der neu anzulegenden Gewässer sowie teils zur Uferstruktur, Z. t. sind die Angaben sehr vage (z. B. „Strukturanreicherung“ bei Teilfläche 1). Auch sind nähere Angaben zum Durchführungszeitraum hinsichtlich der Vermeidung unbeabsichtigter Tötungen erforderlich. Bei den Maßnahmen E2 und E3 fehlen ebenfalls nähere Angaben zur Ausgestaltung der Gewässer.

Den Ausführungen fehlt insgesamt eine nachvollziehbare qualitativ-/quantitative Gegenüberstellung von Eingriff einerseits und CEF-/FCS-Maßnahmen andererseits.

Hinweise zu einzelnen weiteren Arten:

Fledermäuse

Für die Fledermausarten wird durch die in Dammlage geführte Zuführtrasse zur Brücke entlang der „Dea-Scholven-Straße“ vom Gutachter ein grundsätzlich erhöhtes Anprallrisiko gesehen. Nach unserer Auffassung wäre klarzustellen ob/warum auf anderen Teilen der Neubaustrecke kein erhöhtes Kollisionsrisiko besteht (z. B. aufgrund zu geringer Fahrzeuggeschwindigkeiten). Ggf. ist die artspezifische Vermeidungsmaßnahme G1 auf weiteren Flächen in ihrer Funktion der Vermeidung eines erhöhten Kollisionsrisikos bzgl. der Fledermäuse auszugestalten.

Die Vermeidungsmaßnahme G1 sieht eine Pflanzung von Gehölzen im Abstand von ca. 5 Metern vor, die bei Verkehrsfreigabe eine Höhe von mindestens vier Metern erreicht haben müssen. Ist die Pflanzung ausreichend dicht, um eine Kulissenwirkung zu gewährleisten, bzw. sind weitere, temporäre Maßnahmen erforderlich? Redaktionelle Anmerkungen zur Maßnahme: In der Kartendarstellung wäre eine gesonderte Kennzeichnung derjenigen Gehölzflächen mit besonderer Funktion bzgl. der Kollisionsvermeidung sinnvoll.

Die Vermeidungsmaßnahme V2 ist im LBP sehr knapp gehalten. Es fehlen hier die im Fauna-Gutachten (Unterlage 12.0b, Anlage 5) dargestellten Möglichkeiten einer Kontrolle von Baumhöhlen vor der Fällung durch einen Experten sowie des Verschlusses von Baumhöhlen nach dem Reusen-Prinzip, das ein Entkommen aus der Höhle ermöglicht, nicht aber ein Eindringen von außen.

Bei der Maßnahme A5 fehlen zu dem vorgesehenen Fledermausturm nähere Angaben zur Ausgestaltung.

Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling

Zur Vermeidung des Störungsverbots durch die Isolation von Teilpopulationen wird als CEF-Maßnahme die Maßnahme A7 vorgesehen. Diese beinhaltet aber lediglich die Weiterführung eines bereits bestehenden Mahdregimes und den Erhalt der bestehenden Funktionserfüllung. Damit ist die Maßnahme allenfalls als Vermeidungsmaßnahme geeignet. Aus unserer Sicht ist eine Klarstellung erforderlich, ob Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen zur Sicherung eines günstigen Erhaltungszustands der Population ausreichen, oder ob hierzu tatsächliche CEF-Maßnahmen zur Kompensation der durch Isolierung hervorgerufenen Beeinträchtigungen erforderlich sind.

Fauna-Bericht 2017 (Unterlage 12.0b, Anhang 5)

Abgrenzung des Untersuchungsgebiets

Das Untersuchungsgebiet ist hinsichtlich der Erfordernisse zur Beurteilung möglicher Bauanlage- oder betriebsbedingter Beeinträchtigungen von relevanten Tierarten ausreichend groß bemessen.

Verwendetes Material und Methoden

Im Jahr 2016 untersucht wurden die Artengruppen Vögel, Reptilien, Amphibien, Schmetterlinge, Heuschrecken und Libellen sowie bei den Säugetieren die Fledermäuse, die Wildkatze und der Biber. Nicht untersucht wurde die Haselmaus und die Zierliche Tellerschnecke, deren Vorkommen aufgrund nicht gelungener Nachweise bei den vorangegangenen Untersuchungen ausgeschlossen werden konnte.

Die Auswahl der untersuchten Arten und Artengruppen ist im Hinblick auf die anhand der Habitatausstattung des Raums zu erwartenden Arten(gruppen) sowie der projektspezifisch denkbaren Beeinträchtigungen plausibel.

Die angewandte Erfassungsmethodik ist gut dokumentiert und wird den Erfordernissen hinsichtlich der Beurteilung der Bestandssituation und etwaiger Projektwirkungen auf Individuen bzw. lokale Populationen gerecht.

Ergebnisdarstellung

Die Ergebnisdarstellung ist so aufbereitet, dass sie wichtige Grundlagen für den Fachbeitrag Artenschutz liefert.

Bei den einzelnen Artengruppen werden die besonders planungsrelevante Arten einzeln in Steckbriefen abgehandelt, die bereits Aussagen zur vorhabensbedingten Betroffenheit, zur Möglichkeit von Vermeidungs-, CEF- oder FCS-Maßnahmen sowie eine Prognose zum Eintreten von Verbotstatbeständen enthalten. Die Steckbriefe enthalten außerdem Karten mit Nachweispunkten. Die Angaben zur Populationsgröße der untersuchten Arten sind in

einigen Fällen vage (z. B. Amphibien, Reptilien). Dies zieht bei von der Planung betroffenen Arten einen höheren verbal-argumentativen Aufwand bei der Maßnahmendimensionierung und -plausibilisierung nach sich. Möglicherweise liegen noch genauere genauere Rohdaten vor.

Da die Angaben zu Vermeidungs-, CEF- oder FCS-Maßnahmen noch nicht den für die saP erforderlichen Detaillierungsgrad haben (auch nicht haben müssen), ist an dieser Stelle auch keine abschließende Beurteilung im Hinblick auf deren Validität möglich – ebenso wenig wie eine abschließende Beurteilung etwaiger Verbotstatbestände respektive der Erforderlichkeit von naturschutzrechtlichen Ausnahmen. Für diese Prüfung ausschlaggebend ist der Fachbeitrag Artenschutz (Unterlage 12.7.1b).

Zur Artengruppe der Vögel ist anzumerken, dass sich die Aussagen in den Steckbriefen auf die Ergebnisse der Studie „Vögel und Lärm“ (Unterlage 12.7.2a) beziehen. Im Fauna-Gutachten selbst befindet sich zwar auch eine Übersichtstabelle mit Angaben zu Brutrevieren im Baufeld sowie innerhalb der Effektdistanzen gemäß GARNIEL & MIERWALD (2010), jedoch korrespondieren diese nicht mit den Angaben im Text und somit offensichtlich inhaltlich nicht mit den Angaben der Unterlage 12.7.2a. Es hat den Anschein, dass hier verschiedene Teilinformationen in verschiedenen Gutachten abgelegt sind. Die Bezüge der Informationen zueinander werden jedoch nicht erläutert.

Beispielsweise gehen laut Steckbrief und Tabelle 9 der Unterlage 12.7.2a drei Brutreviere des Stars verloren, davon eines durch direkten Flächenentzug sowie zwei durch Heranrücken der Effektdistanz. Der Verlust von zwei Revieren durch Heranrücken der Effektdistanz resultiert gemäß Tabelle 9 zudem auf einen anteiligen Verlust von jeweils 40 % bei fünf von insgesamt sechs der innerhalb der Fluchtdistanz gelegenen Reviere.

Gemäß Tabelle 2 des hier besprochenen Gutachtens liegen vier Reviere im Baufeld und 13 innerhalb der Effektdistanz von 100 Metern. Diese Zahlen stehen in keinen erkennbaren Bezug zu den angegebenen Revierverlusten.

Um Verständnisschwierigkeiten oder Fehlinterpretationen auszuräumen und die Bezüge zu klären, wären entsprechende Erläuterungen zu den Tabellen oder inhaltliche Ergänzungen sinnvoll.

Gutachterliche Bewertung

Die bei der Ergebnisdarstellung detailliert auf Artniveau dargelegten Sachverhalte werden im Kapitel Bewertung für die jeweiligen Artengruppen in einer kurzen, anschaulichen Übersicht zusammengefasst.

Hierbei werden für die einzelnen Gruppen die wesentlichen Vermeidungs-, CEF- und FCS-Maßnahmen grob skizziert sowie diejenigen Arten aufgelistet, für die eine Ausnahme gemäß § 44 BNatSchG erforderlich ist.

Die Ausführungen sind insgesamt plausibel, müssen jedoch wie bereits oben dargestellt, erst anhand des Fachbeitrags Artenschutz (Unterlage 12.7.1b) einer detaillierten Prüfung unterzogen werden.

Gutachten „Vögel und Lärm“ (Unterlage 12.7.2a)

Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen durch Anwendung der Arbeitshilfe von GARNIEL & MIERWALD (2010) ist plausibel. Die vorgenommene Modifikation des Verfahrens durch Einbeziehung von anlagebedingten Verlusten in die Betrachtung ergibt ein vollständigeres Bild der Wirkungen der Planung. Die Arbeitshilfe bietet zwei Prognoseinstrumente an, die Standard-Prognose und die vertiefte Raumanalyse. Letztere dient dazu, Über- oder Unterschätzungen von Betroffenheiten, die bei bestimmten räumlichen Gegebenheiten im Zuge der Standardprognose auftreten können, zu vermeiden. Im vorliegenden Falle wurde für alle besonders planungsrelevanten Arten, bei denen eine Betroffenheit nicht auszuschließen war, die vertiefte Untersuchung durchgeführt, so dass die Ergebnisse tragfähig sind.

Plausibel ist ebenso die Abschichtung der Arten anhand von Gruppen, die nach bestimmten Empfindlichkeitskriterien charakterisiert sind. Von den im Planungsgebiet vertretenen Gruppen werden die Brutvögel mit mittlerer Lärmempfindlichkeit (Gruppe 2), Brutvögel mit untergeordneter Lärmempfindlichkeit (Gruppe 4) sowie die Brutvögel ohne spezifisches Abstandsverhalten zu Straßen (Gruppe 5) betrachtet. Brutvögel mit hoher Lärmempfindlichkeit (Gruppe 1) bzw. mit erhöhtem Prädationsrisiko bei Lärm (Gruppe 3) kommen im Gebiet nicht vor. Rastvögel und Überwinterungsgäste (Gruppe 6) sind im Gebiet nicht relevant.

In Bezug auf zwischenzeitliche Aktualisierung der Verkehrszahlen wird anhand der verwendeten „Arbeitshilfe Straßenverkehr“, welche die Störwirkungen von Straßen in Abhängigkeit des täglichen Verkehrsaufkommens klassifiziert, aufgezeigt, dass durch die Veränderungen des Verkehrsaufkommens gegenüber der bisherigen Verkehrsprognose keine signifikanten Veränderungen (weder Zu- noch Abnahmen) der Beeinträchtigungen zu erwarten sind, da keiner der betrachteten Straßenabschnitte in eine andere Bewertungsklasse fällt.

Damit wird deutlich, dass etwaige Veränderungen von Betroffenheiten gegenüber dem bisherigen Gutachten „Vögel und Verkehrslärm“ nicht den aktualisierten Verkehrszahlen,

sondern den aktualisierten Datenerhebungen zur Avifauna, den neuen Roten Listen der Brutvögel sowie den klimatischen Bedingungen des jeweiligen Erhebungszeitraums geschuldet sind.

Ergebnisdarstellung und -plausibilität

Die textliche und tabellarische Ergebnisaufbereitung ist plausibel. Die Bewertung erfolgt zunächst anhand der Standardmethode, gegliedert nach den verschiedenen Lärmempfindlichkeitsgruppen, wobei auch die Bewertungsmethodik anschaulich und ausführlich dargestellt wird.

Die besonders planungsrelevanten Arten, bei denen eine Betroffenheit nicht von vorne herein ausgeschlossen werden konnte, werden vertieft untersucht und Art für Art ausführlich besprochen.

Von der Standardmethode abweichende Ergebnisse werden lediglich bei vier Arten (Grünspecht, Haussperling, Mäusebussard und Sperber) festgestellt, wobei die Prognose jeweils günstiger ist. Dies ist allerdings nicht darauf zurückzuführen, dass bei vertiefter Untersuchung eine geringere Wirkungsintensität der Beeinträchtigung gegenüber der Standardmethode ermittelt wurde. Vielmehr wird gutachterlich begründet, dass bei den besagten Arten eine Teilverschiebung der Reviere aus dem Beeinträchtigungsfeld heraus in angrenzende geeignete und nicht bereits besetzte Habitatflächen möglich ist.

Im Wesentlichen für die besonders planungsrelevanten Arten mit nicht auszuschließender Betroffenheit erfolgt jeweils eine Kartendarstellung. Hierin verzeichnet sind die Lage der Revierzentren sowie die Neubautrasse und hierzu in 100-Meter-Schritten die Abstände bis zur artspezifischen Effektdistanz sowie bei den besonders lärmempfindlichen Arten die Isophorenlinien 58 dB (A)_{tags} (= maximale Reichweite der jeweiligen negativen Wirkungen). Durch die Karten werden die tabellarischen Ableitungen der Betroffenheit (prognostizierte Revierverluste) nochmals veranschaulicht.

Grundsätzlich zur Kartendarstellung ist anzumerken, dass sich im Fauna-Bericht (Unterlage 12.0b, Anlage 5) zu weitaus mehr Arten - nämlich zu allen als besonders planungsrelevant eingestuften Arten - entsprechende Karten befinden, ohne dass im hier besprochenen Gutachten, welches ja als Quelle jener Daten anzusehen ist, entsprechende Verweise erfolgen. Diese sollten noch ergänzt werden.

Landschaftspflegerischer Begleitplan (Unterlage 12.0b)

Die Maßnahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans sind multifunktional angelegt, das heißt ein und dieselbe Maßnahme bezieht sich i. d. R. auf unterschiedliche Schutzgüter. Beim Schutzgut Arten sind viele Maßnahmen außerdem einer ganzen Reihe

von Arten gewidmet. Eine stärkere Differenzierung zwischen Artenschutzmaßnahmen und sonstigen Maßnahmen wäre hinsichtlich deren Nachvollziehbarkeit wünschenswert gewesen. Andererseits ergeben sich vielfach Überlagerungen von Maßnahmenwirkungen, so dass den Möglichkeiten einer Differenzierung Grenzen gesetzt sind.

Die Darstellung der Maßnahmen muss allerdings soweit differenziert und detailliert ausgearbeitet sein, dass eine Zuordnung von Teilmaßnahmen zu den jeweiligen Zielarten klar erkennbar ist und ihre Wirksamkeit hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Erfordernisse für die jeweiligen Arten nachvollziehbar dargelegt ist. Dies ist vorliegend nicht gegeben, sondern es liegt im Gegenteil oft nur eine fragmentarische Maßnahmenbeschreibung vor. Von den Defiziten sind nicht nur Ausgleichs- und kompensatorische Maßnahmen betroffen, sondern auch Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen. So fehlen beispielsweise für die Maßnahme S3 „Abfangen und umsiedeln von Amphibien und Reptilien“ Abgaben von Zeitfenstern, die zur Optimierung des Fangerfolgs und zur Minimierung von unbeabsichtigten Tötungen erforderlich sind. Damit ist das Tötungsverbot nicht sicher ausgeschlossen.

Die Maßnahmenkonzeption basiert wie oben ausgeführt auf multifunktional angelegten Maßnahmen. Die im vorliegenden Kontext von uns durchgesehenen Maßnahmen gelten damit nicht nur für die von uns geprüften Arten, sondern vermutlich für einen Großteil der Arten des Gesamtprüfspektrums. Wir gehen daher davon aus, dass die hier beschriebenen Mängel zumindest den überwiegenden Teil der Arten des Gesamtprüfspektrums ebenso zutreffen.

Peter Vogel, Luise Murmann-Kristen

Referat 56